



Der höhere Weiterverkaufspreis der Ex-Telekom-Immobilie an den Bauräger Seeste habe nichts mit dem Hauptbahnhof Wien zu tun gehabt, sagte Ex-ÖBB-Chef Huber.

Ex-ÖBB-Chef Huber: „Ich hatte Glück“

Schillerplatz-Deal. Untreueverfahren um die von der Telekom verkaufte Luxusimmobilie Schillerplatz 4: Die Richterin wundert sich über die starke Wertsteigerung des Gebäudes.

VON MANFRED SEEH

Wien. „Sie haben ein extrem gutes Geschäft mit der Telekom gemacht“, sagt Richterin Claudia Moravec-Loidolt vom Straflandesgericht Wien am Freitag, dem zweiten Prozesstag im „Schillerplatz-Verfahren“. Und der frühere ÖBB-Chef Martin Huber (53) übt sich als Angeklagter in Bescheidenheit: „Mag sein. Ich hab' Glück gehabt.“

Man ist also sofort wieder mitdrin – im umstrittenen Immobiliendeal, der Ende 2006 perfekt ist: Die Telekom Austria (TA) verkauft Liegenschaftsanteile, knapp ein Drittel des Wiener Luxusaltbaus Schillerplatz 4 um 5,4 Millionen Euro an eine von Huber und seiner nun mitangeklagten Frau Barbara (53) eigens gegründete Projektentwicklungsgesellschaft. Nur gut ein Jahr später, Anfang 2008, verkauft diese Gesellschaft ihre Anteile an die Firma Seeste Bau um, siehe da, 10,9 Millionen Euro (3,9 Mio. Kaufpreis für die Anteilsübernahme und sieben Mio. fürs Übernehmen offener Verbindlichkeiten).

Die Frage, wie es zu einer derartigen Wertsteigerung kommen konnte, wird vom Gericht mehrmals kritisch gestellt. Huber erklärt, er und sein damaliger Partner, der Bauplaner Anton Kallinger (dieser erkrankte Anfang 2006 schwer) hätten das Projekt schon ab 2004 „entwickelt“ – und „nicht innerhalb eines Jahres, wie die Medien gerne schreiben“.

„Es lief wegen guter Kontakte“

Man habe schon vor dem eigentlichen Kauf, auf den man monatelang eine Option hatte, Vorarbeiten geleistet (Beispiel: Einholung der Baubewilligung), um später (Huber: „Das Objekt war außen ein Schmuckstück, innen eine Bruchbude“) gut verwertbare Eigentumsanteile zu schaffen. Die Richterin scheint eher zurückhaltend bis skeptisch: „Man gewinnt den Eindruck, dass vieles so gelaufen ist, aufgrund guter Kontakte.“

Laut Anklage sollen die ehemaligen Telekom-Spitzen Heinz Sundt (damals Generaldirektor) und Stefano Colombo (damals Finanzvorstand) die Immobilienanteile gan-

ze 4,4 Millionen Euro unter Wert an die Huber-Gesellschaft veräußert und dadurch Untreue zu Lasten der TA-Aktionäre begangen haben. Die Hubers sollen sich an der Untreue beteiligt haben.

Ferner soll die derzeitige Direktorin der ÖBB Personenverkehr, AG Birgit Wagner – sie war damals noch in der TA-Immobilienabteilung beschäftigt –, ein rückdatiertes Gutachten zum Verkehrswert der Immobilie nachträglich in Auftrag gegeben haben. Dieses Gutachten stütze den von der TA festgesetzten Verkaufspreis. Wagner muss daher Bestimmung zur Beweismittelfälschung und Begünstigung verantworten. Dieselben Vorwürfe treffen auch jenen Architekten, der besagtes Gutachten erstellte und einen weiteren ehemaligen TA-Manager. Alle sieben Angeklagten bestreiten die Vorwürfe energisch.

Aber noch einmal zum Weiterverkauf der Immobilie Schillerplatz 4: Immer wieder wurden Mutmaßungen laut, dass die Seeste Bau (diese errichtete an dem Standort Luxuswohnungen) so viel bezahlt habe, weil sie dafür von Huber

einen Bauauftrag auf dem Gelände des Wiener Zentralbahnhofs bekommen hatte. Dies wird nun vor Gericht erörtert. Und Huber weist diesen Verdacht zurück.

Baufirma: „Schadlos halten“

Er habe die Seeste Bau nicht bezugt. Im Gegenteil: Er habe einen höheren Quadratmeterpreis als einem anderen Interessenten abverlangt. Und auch Michael Möstl, der Vorstandsvorsitzende der Seeste Bau AG, unterstreicht eine aktuelle schriftliche Mitteilung, „dass aus allen Vorgängen die im Vorfeld der Übernahme der Anteile der Schillerplatz 4 ProjektentwicklungsgmbH passiert seitens der Seeste Bau AG keine unstatthaften Vorteile generiert wurden“. Weiter heißt es insbesondere: „Die Seeste Bau AG definitiv keine Nutznießerin etwiger Malversationen, sondern allenfalls Hauptgeschädigte und verpflichtet sich gegebenenfalls an alle schadlos halten, die dafür verantwortlich sind.“

Kommenden Dienstag wird weiterverhandelt.